

Volksmacht

für Schlesien • Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Fürststraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volksmacht“, Neue Graupenstraße 3; Mathiasstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.37 Rml. + 8 Pf. Trägerlohn = 0.43 Rml. monatlich 1.45 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn = 1.90 Rml. Durch die Post einschließliche Zustellungsgebühren 2.26 Rml.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen auf Schlesien 14 Pf. auswärts 22 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungsanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das feste Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Fürststraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle Nr. 212 37 und 212 39, Redaktion Nr. 212 38, Postfachkonto: Breslau 5852. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Stapelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Stapelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Freitag, den 29. Januar 1932

Nr. 24

Breitscheid spricht vor Tausenden englischer Arbeiter über die Abrüstung Niesenkundgebung der britischen Arbeiterpartei und Gewerkschaften für die Abrüstung

London, 28. Januar (Eigener Drahtbericht).

Die britische Arbeiterpartei veranstaltete am Donnerstag-Abend in London eine große Abrüstungs- und Kundgebung, in der u. a. der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Rudolf Breitscheid das Wort nahm. Er führte u. a. aus:

Der vernünftige Gedanke der Abrüstung ist eine Einschränkung für Deutschland und ebenso für die anderen belagerten Staaten auf dem Wege des Zwanges durch den Verfall der Verträge durchzuführen. Aber leider trug die Maßregel sehr einseitigen Charakter, denn sie erstreckte sich nicht auf die Siegerländer und nicht auf die durch die Friedensverträge neu geschaffenen Staaten. Hier gab es nur eine Versprechung für die Zukunft, und diese Versprechung ist bis zum heutigen Tage nicht eingelöst worden. Deutschland und mit ihm die deutsche Sozialdemokratie hat, wie Ihnen bekannt ist, gegen sehr viele Bestimmungen des Versailler Vertrags die schärfsten Einwendungen zu erheben. Wir müßten eine Revision, freilich keine Revision auf dem Wege der Gewalt oder des Krieges, sondern eine Revision auf dem Wege der diplomatischen Verhandlung verlangen. Wir müßten die im Vertrag enthaltenen, sehr unvollkommenen Artikel des Völkerbündnisses die Handhabung dieser. Aber nur die Abrüstung angeht, so ist das ein Punkt, an dem wir nicht die Forderung fordern, sondern die Erfüllung des Vertrages fordern, um der Sache des Friedens und der Gerechtigkeit willen.

Deutschlands Abrüstung soll nach dem Versailler Vertrag die Voraussetzung für die Abrüstung der anderen sein, und das es sich nur um eine Vorleistung Deutschlands handelt, der die Leistungen der Siegerstaaten zu folgen hätten, wurde der deutschen Friedensdelegation in einer Note vom 9. Mai 1919 noch einmal ausdrücklich bestätigt. Man kann sich nun auf den Standpunkt stellen, daß die Einschränkung der deutschen Rüstungen im Interesse Deutschlands selber gelegen sei. Doch ist seine finanzielle Last erleichtert, daß sie die Gefahr dessen, was man den Militarismus nennt, einschränkt. Aber der einseitige Zwang zur Abrüstung ist alles andere, denn eine Garantie des Friedens und eine Gewähr für die wirkliche Verhütung der Welt. Man kann sagen, es sei ein Zwang der Vernunft, aber auf die Dauer sehen die Menschen mehr den Zwang als die Vernunft, und es wäre menschlich verständlich, wenn sie darauf aus wären, sich diesem Zwang zu entziehen, weil er eben nicht für alle gleichmäßig wirkt. Die Ungleichmäßigkeit mag ein zeitweiliges Land für ein paar Jahre nach der Niederlage zur Not beitragen. Auf die Dauer aber wird sie unerträglich, und die, die wie wir Sozialdemokraten die Abrüstung wollen, weil sie

in jeder Rüstung eine Kriegsgefahr sehen, haben einen immer schwereren Stand gegenüber denen, die eine Verpflichtung abzuschütteln wollen, weil diese Verpflichtung nicht allen Staaten auferlegt ist. Zwar ist gelegentlich insonderheit von französischen Politikern der deutsche Rechtsanspruch bestritten worden, aber im großen und ganzen haben ihn die Franzosen auch anerkannt, und insbesondere der Minister Briand, dessen Ausscheiden aus dem Amte alle Freunde des Friedens so schmerzlich bedauern, hat sich dieser Anerkennung niemals entzogen.

Anderer berufen sich immer wieder auf die Sicherheit, um ihre Abneigung gegen die Einschränkung der Rüstungen zu rechtfertigen, aber inzwischen hat man eine ganze Reihe von Schiedsgerichtsverträgen abgeschlossen, man hat den Kelloggspakt unterzeichnet, und wir fragen uns,

wozu die Rüstung?

Gar nicht zu reden davon, daß Deutschland erklären könnte, seine eigene Sicherheit sei am meisten bedroht, wenn es selbst nur leicht gerüstet, mitten zwischen Staaten steht, die bis an die Zähne bewaffnet sind. Wer die Sicherheit so in den Vordergrund stellt, wird immer wieder darauf zurückkommen, daß die letzte Sicherheit immer in der militärischen Bewaffnung besteht. Wer aber für einen Standpunkt stehen will, der wird immer noch bedenken können, daß es Länder in seiner Sicherheit gibt, die militärisch ausgefüllt werden müßten.

Die Geschichte aller Völker hat bewiesen, daß militärische Rüstungen eine ungeheure Last für die Nationen und gleichzeitig eine Bedrohung des Friedens darstellen. Gerade in der gegenwärtigen Zeit der ungeheuerlichen wirtschaftlichen Krise, die die ganze Welt befallen hat, sollte jeder den Wahnsinn erkennen, daß man Milliarden für Heer und Flotte ausgibt, während zehntausende Fragen wirtschaftlicher und sozialer Art vergebens ihrer Lösung harren, während die Produktion lahmgelegt ist, während Millionen von Arbeitslosen hungern. Ist denn nicht eines der stärksten Hindernisse für den Aufbau der internationalen Wirtschaft neben der Verpflichtung zur Zahlung internationaler politischer Schulden der Mangel an Vertrauen unter den Staaten? Die Weiterführung der Rüstungen aber kann dieses gegenseitige Vertrauen nicht stärken. Denn

Rüstungen an und für sich sind eine Gefahr für den Frieden und ein Hebel des Krieges. Die Männer, die in der Rüstungsindustrie sitzen, die Offiziere, die ein Heer kommandieren, besonders wenn dieses

Heer verhältnismäßig groß ist, sie alle haben den Wunsch, zu zeigen, was sie im sogenannten Ernstfall können.

Und nun geht es nach Genf. Wir wissen nicht, welches der Ausgang der Verhandlungen sein wird. Wir sind bezüglich des guten Willens und der Absichten vieler in Genf vertretenen Regierungen recht skeptisch. Wir sind überzeugt, daß unser Freund Henderson als Vorsitzender der Konferenz, alles tun wird, um sie zu einem guten Ende zu bringen, aber neben Henderson sitzen Staatsmänner und Offiziere, die nicht auf derselben Linie marschieren. Unter diesen Umständen ist es

Aufgabe der Nationen selbst und namentlich der internationalen Arbeiterklasse, ihre Regierungen vorwärts zu treiben.

Ihnen in die Ohren zu rufen, daß sie die Abrüstung wollen. In Deutschland gibt es eine Anzahl von Politikern, die nur auf das Scheitern der Konferenz warten, um dann die Aufrüstung Deutschlands zu proklamieren. Wir Sozialdemokraten treten ihnen mit aller Energie entgegen. Wir wollen nicht die Wehrlosigkeit für Deutschland, sondern die Wehrgebundenheit für alle Welt. Aber wir werden uns nur durchsetzen können, wenn die Genfer Konferenz zum mindesten einen sehr großen Schritt nach vorwärts tut. Meine Bitte an euch, ihr englischen Arbeiter, geht dahin, uns zu helfen, indem ihr mit den Arbeitern der ganzen Welt gemeinsam den Kampf um die Abrüstung führt.“ (Stürmischer Beifall und minutenlange Ovationen der Versammlung für Breitscheid.)

London, 29. Januar. (Eigener Funterbericht.)

Großer Enthusiasmus für die Sache der Abrüstung erfüllte die Tausende, die sich zu der von der Labour Party und den Gewerkschaften veranstalteten Abrüstungskundgebung eingefunden hatten. Präsident Lansbury sagte, er wolle kein Vertrauen in die Zufriedenheit von Staaten haben, die an einem Tage Verträge unterzeichnen, am anderen aber Vorbereitungen für den Krieg treffen. Die Nichtteilnahme der im Versailler Vertrag festgelegten Abrüstungsverpflichtung der Rüstungen ist der übelste Verstoß, der in der Geschichte vorkommen ist.

Mit besonderem Beifall wurden die Ausführungen der ausländischen Gäste aufgenommen. Die Zuhörer standen in ihrer Begeisterung vor ihren Sätzen auf.

Souhaug wies auf die Schrecken des chemischen Krieges der Zukunft hin. Auf Antrag Lansburys wurde das Gedächtnis der Opfer vom „A II“ durch Schwelgen geehrt.

Frankreichs Sozialdemokratie berät ihre Wahltaktik

Außerordentlicher Parteikongreß nächsten Sonntag in Paris

Paris, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Die sozialistische Partei Frankreichs hält am Sonnabend und Sonntag in Paris einen außerordentlichen Kongreß ab, auf dem das Programm und die Taktik für die bevorstehenden Kammerwahlen festgelegt werden sollen. Die Mehrzahl der sozialistischen Provinzverbände hat sich für die Wiederanwendung des vor den Kammerwahlen im Jahre 1928 ausgearbeiteten Programms ausgesprochen. Die wichtigsten Punkte dieses Programms sind:

Kampf gegen Krieg durch Abrüstung und internationale Zusammenarbeit; Kampf gegen Unsicherheit der Arbeit durch Einführung der 40-Stunden-Woche, Arbeiterkontrolle, Schaffung einer Arbeitslosenversicherung usw.; Kampf gegen die Anarchie der kapitalistischen Produktion durch Schaffung von staatlichen Wirtschaftskontrollen, Nationalisierung der Gruben, der Eisenbahnen und aller monopolartiger Industrien; Kampf gegen die Spekulation und für den Schutz der Sparer; Verteidigung der weltlichen Schule; Einführung eines wahren Verhältnismäßigkeitsystems und des Frauenstimmrechts.

Was die Wahltaktik anbelangt, so stehen sich innerhalb der Partei drei Tendenzen gegenüber. Einigkeit herrscht darüber, daß für den ersten Wahlgang in allen Wahlkreisen eigene Kandidaten aufgestellt werden müssen. Verschieden sind die Ansichten über das Vorgehen beim zweiten Wahlgang. Ein Teil verlangt, daß die sozialistischen Kandidaten, die keine Aussicht haben, gewählt zu werden, vor dem zweiten Wahlgang zugunsten der Kandidaten der Linksparteien zurücktreten sollen, die gegenüber der sozialistischen Partei eine loyalere Gegenpartei anwenden. Die Anhänger J. P. P. vertreten den Standpunkt, daß im zweiten Wahlgang alles getan werden muß, um die reaktionären Kandidaten zu schlagen. Diese Taktik war bei den Kammerwahlen von 1928 durchgeführt worden und dürfte auch jetzt wieder gebilligt werden. Der linke, extreme Flügel der Partei verlangt schließlich, daß die sozialistischen Kandidaten im zweiten Wahlgang zurücktreten zugunsten der Kandidaten, die öffentlich für den Klassenkampf eingetreten sind, was darauf hinausläuft, daß die Sozialisten nur zugunsten der Kommunisten ihre Kandidatur niederlegen dürfen.

Die Verhandlungen über Milderung der Bürgersteuer

Die Vorschläge der Gewerkschaften aller Richtungen, der Sozialdemokraten und des Zentrum auf Milderung der Bürgersteuer und auf Erhaltung der Lohnsteuererleichterungen aus Billigkeit sind inzwischen im Reichstag angenommen worden. Das Gesetz über die Milderung der Bürgersteuer ist nunmehr dem Reichstagspräsidenten überreicht. Es ist im Ausschuss genommen, daß unter jenem Namen ein kommendes Gesetz eine neue und vollständige abweichende Bestimmung mit den Gewerkschaften stattfinden wird.

Neue Gewalttaten Japans

Japan besetzt Schanghai trotz Annahme des japanischen Ultimatus
durch China — Blutige Kämpfe in der chinesischen Stadt — Chinesen-
Stadt brennt — Amerikanische Kriegsschiffe nach Schanghai unterwegs

London, 29. Januar (Eigener Funterbericht).

Zwischen Chinesen und Japanern haben, wie Reuters aus Schanghai meldet, an der Grenze der internationalen Konvention der Stadt bereits Kämpfe begonnen. Trotz Annahme der japanischen Forderungen durch die Chinesen hat der Oberbefehlshaber der japanischen Marinekräfte die Besetzung der Chinesenstadt Schanghai, die an die internationale Konvention angeht, beschlossen. Er verlangt die Beseitigung aller Verteidigungsanlagen, die von den Chinesen vor einiger Zeit an dieser Stelle errichtet worden sind.

Japanische Marine, Infanterie und Panzertruppen sind bereits in Schanghai eingedrungen. Im Hongkong-Gebiet, der von japanischen Marinekräften und Panzertruppen vollständig besetzt ist, hört man Geschütz- und Maschinengewehrfeuer. Die Japaner bringen zunächst in das Nordviertel von Schanghai ein und warden die Chinesen zurück. Diese letzten hartnäckigen Widerstand, mußten aber nach der internationalen Konvention zurückweichen. Die Chinesen Besatzung sollen 15 japanische Besatzung haben und die Kapazität gebracht worden. Etwa 55 Chinesen wurden gefangen genommen.

Der japanische Oberbefehlshaber hat Befehl gegeben, Schanghai mit Mörserbomben zu besetzen. Ein japanischer Panzertruppenverband, durch die Konvention verboten, hat sich freiwillig ergeben. Die Chinesen haben ihm die Durchsicht jedes nicht gestattet. Japanische Truppen sollen auf dem Wege nach Schanghai sein, um die Interessen der dortigen Japaner zu schützen.

Schanghai, 29. Januar. Kurz nach 4 Uhr morgens brach in der Chinesenstadt Schanghai Feuer aus. Die Flammen griffen schnell um sich. Von den Dächern der internationalen Niederlassung aus konnte deutlich beobachtet werden, wie in der fünf Kilometer entfernten Chinesenstadt ein Haus nach dem anderen in Flammen aufging, während die Luft von dem Qualm der Gewehr- und Maschinengewehrschüsse und dem dumpfen Krachen der fallenden Bomben und dem Summen der Flugmotoren erfüllt war.

Washington, 28. Januar. (Reuters.) Vier amerikanische Zerstörer in Manila haben Befehl erhalten, sofort nach Schanghai in See zu gehen. Die Befehle sind veranlaßt durch das Ergehen des Befehlshabers der amerikanischen Flottenmacht auf dem Panzer. Die Zerstörer können im Notfall Schanghai in 35 Stunden erreichen. Kommandant Taylor in Manila hat streng vertrauliche Instruktionen erhalten.

Umwidmung der chinesischen Regierung

London, 29. Januar. (Eig. Funterbericht.)

In Peking wurde während in Schanghai die Kanonen donnern, die Umwidmung der chinesischen Regierung vorgenommen. Pankajew wurde zum Außenminister ernannt. Wangtschinnat wurde Vorsitzender des Vollzugsausschusses, d. h. er übernimmt die Funktionen eines Premierministers. Der frühere Premierminister Sunfo ist zum Vorsitzenden des gesetzgebenden Rates ernannt worden.

Klagges wagt nicht offen zu antworten

Er möchte das Reichsbanner ganz niederdrücken

Braunschweig, 28. Januar. (Eig. Drahtbericht.)
Minister Klagges hat an die Ortspolizei-
behörden die Weisung ergehen lassen, daß das Reichs-
banner Schwarz-Rot-Gold und „andere markirte
Organisationen“ zu unterdrücken seien.
Im Braunschweiger Landtag wurde Klagges
dem sozialdemokratischen Abgeordneten
Thielemann gestiftet, ob er eine derartige Verfügung er-
lassen habe. Klagges sagte: „Ich antworte nur, wenn ich es für
sicher halte.“ Thielemann richtete darauf eine parlamen-
tarische kleine Anfrage an das Staatsministe-
rium, ob Klagges eine derartige Weisung ergehen lassen.
Am Donnerstag hat Klagges wiederum ausweichend geantwortet:
Die Prüfung der Frage, ob bei einem geplanten Aufzuge oder
einer Veranstaltung unter freiem Himmel eine Gefährdung der
öffentlichen Ruhe und Sicherheit zu befürchten ist, ist zunächst
Sache der zuständigen Polizeibehörden, die verpflichtet sind, nach

ihrem Ermessen zu entscheiden. In der Erfüllung dieser Ver-
pflichtung werden die Polizeibehörden des Landes Braunschweig
durch mich in keiner Weise beschränkt. Persönlich bin ich der
Ansicht, daß Veranstaltungen klassenkämpferischer
Organisationen, die Sicherheit nach innen und außen besonders
zu gefährden geeignet sind. Diese meine Überzeugung zu ver-
schweigen habe ich keinen Anlaß.“
Klagges hat also damals im Landtage einen falschen Eindruck
zu erwecken versucht, als er den Sozialdemokraten zuriel: „Es
wird Ihnen nicht möglich sein, eine derartige Verfügung (nach
der er ein Verbot republikanischer Demonstrationen angeordnet
habe) vorzulegen.“ Jetzt muß Klagges in verklärter
Form zugeben, daß er eine ähnliche Anweisung
gegeben hat. Es wird aber Herrn Klagges nicht gelingen,
die „klassenkämpferischen Organisationen“ zu unterdrücken. Die
Sicherheit und Ruhe in Braunschweig dürfte wieder hergestellt
sein, sobald Klagges seinen Posten als Polizeiminister verläßt.

Begehung unter Polizeidruck

20000 Arbeiter bei der Beerdigung des Opfers der Braunschweiger Nazimörder Grabreden unter Polizeigenur - Säbel statt Gummiknüppel

Am Donnerstag-Nachmittag wurde in Braunschweig
unter Beteiligung von über 20000 Arbeitern der von den
Nationalsozialisten erschossene Reichsbannermann Kurt Meier
beigesetzt. Am Grabe sprachen der Reichsjugendleiter des
Reichsbanners Wape-Magdeburg, Vertreter des
Braunschweiger Reichsbanners und der Sozial-
demokratie. Allen Rednern war von der Polizei untersagt
worden, die Schuldfrage zu behandeln. Es war ihnen ferner
untersagt, Angriffe gegen andere politische Parteien zu richten.
Überhaupt war jede politische Äußerung verboten. Infolge-
dessen gab der Redner des Deutschen Freidenker-
verbandes für alle Redner die Erklärung ab, daß das, was
man eigentlich habe sagen wollen, nicht gestattet sei.
Die Polizei hatte die Wege zum Friedhof außerordentlich
streng besetzt. Wiederholt kam es zu Zwischenfällen, in denen
Verlauf die Polizei ohne Warnung blank zog. Ein
Arbeiter wurde durch einen Säbelschlag verletzt. Die Polizei-
beamten hatten die Anweisung, im gegebenen Falle sofort zum
Säbel und nicht zum Gummiknüppel zu greifen.

Braunschweig, 28. Januar (Eigener Drahtbericht).
Im Verlauf des Abmarsches der Teilnehmer an
dem Leichenbegängnis für den Jungbannermann Meier
vom Friedhof zeigte sich die Polizei, die schon seit
Tagen im Alarmzustand liegt und immer unter
Druck gehalten wurde, sehr nervös. Der erste Zusammen-
stoß erfolgte in der Helmstedter Straße. Er ist auf den
Befehl des Polizeioberleutnants Ahlbrecht zurückzuführen, dem
der Abmarsch der Massen vom Friedhof nicht reich genug erfolgte.
Bis Donnerstag Abend sechs Uhr waren über 30 Personen
festgenommen, die vorläufig sämtlich in Polizeigehäusen
über Braunschweig in der kleinen Belagerungszustand verhaftet
dürften sie alle zu Gefängnis verurteilt werden.
Die Menge warf abends in der Expedition der
Braunschweiger „Neuesten Nachrichten“ die Fen-
stersteine ein. Die „Neuesten Nachrichten“ gehören,
wie die Nationalsozialistische Braunschweigische
Landeszeitung zum Leonhardt-Konzern.

Völlige Verklumpung des italienischen diplomatischen Dienstes

Italienischer Konsul in Brüssel begeht wissentlich schwere Verbrechen

Brüssel, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.)
Im belgischen Senat interpellierte der Sozialist
de Broodere die Regierung am Mittwoch über einen fast
unglaublichen Fall von faschistischen Spionage-
untertreden, an dem sich nicht nur der amtliche italie-
nische Spionebrief in Belgien, sondern auch das
italienische Konsulat in Brüssel beteiligten.
Schematisch und dauernd wiederholte Dok-
umentenfälschungen, sowie ein Verbrechen der
Doppeldeutung spielen dabei eine wichtige Rolle.
Die Hauptperson des Vorfalls ist der faschistische Spio-
neurbote Abbi alias Giovanni Berje, gegen den auf
Verlangen der italienischen Regierung ein Auslieferungsverfahren
wegen Betrugs und schwerer Fälschungen im Gange ist.
De Broodere konnte an Hand von amtlichen italienischen
Original-Schriftstücken den Beweis erbringen, daß das
betreffende Strafverfahren in Italien schon seit 1926 im
Gange ist, daß aber die Behörden in Italien das Verfahren ab-
schließen verschleppen und schließlich Abbi zur Flucht nach Brüssel
verhalfen, wo er sofort in den Dienst der italienischen Spionage-
organisation eintrat. Hier wurden ihm vom italienischen
Konsulat Reisepässe und sonstige Dokumente erst auf seinen
eigenen Namen, später aber auf den falschen Namen Berje
zur Verfügung gestellt, und zwar letztere zu dem Zweck, um ihm die
Heirat mit einem belgischen Mädchen, dem er seine
in Italien bereits vor Jahren abgeschlossene
Ehe verheimlichte, zu ermöglichen. Aus den von de Broodere
vorgelegten Original-Schriftstücken ergibt sich ferner, daß
das italienische Konsulat nicht nur die Namensfälschung
wissentlich begangen

Die preussische Gestütsverwaltung macht Nazireklame

Die immer noch als Oberlandstallmeisterei bezeichnete Tier-
zuchtverwaltung im preussischen Landwirtschaftsministerium hatte
sich unter dem vorigen Landstallmeister Grohcurth, dessen
faschisches Wirken nicht über jeden Zweifel erhaben war, zur
Festigung ihrer Position auch eine literarische Abteilung be-
gelegt, in der sie auch jetzt noch eine Tätigkeit hervorstrebt.
Mit schon diese Nebenerwerbstätigkeit einer von Staatsgeldern
getragenen hohen Verwaltungsstelle nicht ganz unbedenklich, so
kommen die wirtlichen Interessen dieser vorantastlichen Ge-
stütsverwaltung hin und wieder zum Durchbruch. Man besetzt
sich nicht nur mit einer volksfeindlichen Propaganda, sondern
neuerdings auch mit der Empfehlung des Nazientums als
„anerer“ (d. h. der Gestütsverwaltung) Bewegung. Ob Herr
Oberlandstallmeister Gatermann oder seine klei-
neren Trabanten ihre Daseinsberechtigung für das Dritte Reich
damit beweisen wollen, ist nicht ganz klar. Jedenfalls empfiehlt
er in seiner Beihilfschrift allen Erstes eine Schrift „Er-
neuerung aus Blut und Boden“ und meint, daß dieses
Buch „unserer nationalsozialistischen Bewegung wertvolle Auf-
schlüsse über die tiefste Seele eines Volkes geben kann“. Weiter:
„Für unsere (das heißt die nazistische) Bewegung ist sie (die
Schrift nämlich) ein glänzendes Kampfmittel.“ So geschahen
am 12. Dezember 1931 in der vom Oberlandstallmeister redigier-
ten „Deutschen landwirtschaftlichen Tierzucht“.

Dastbefehl gegen Graf Helldorf

Der Hauptangeklagte im Berliner Helldorf-Prozess,
Graf Helldorf, blieb am Donnerstag den Verhandlungen un-
erwartet fern, weil er unverzüglich zu einer in Führer-Ta-
gung nach München „befohlen“ worden war. Das Gericht
erließ daraufhin auf Antrag des Staatsanwalts gegen den
reisenden Grafen einen Haftbefehl.

Städtewünsche der Partei für Otto Braun

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Par-
tei hat dem Preussischen Ministerpräsidenten
Otto Braun, der zurzeit nicht in Berlin weilt, zu
seinem 50. Geburtstag ein herzliches Glückwunschkate-
gramm übermittelt, in dem die Verdienste Brauns als Mit-
glied der Sozialdemokratischen Partei, zugleich aber auch seine
Leistungen als Staatsmann gewürdigt werden.

Völkerbundsekretär will zurücktreten

Vom Völkerbundsekretariat wird nunmehr offiziell be-
kündigt, daß der Generalsekretär, Sir Braum, ein Rücktritts-
gesuch eingereicht und der Völkerbundrat einmütig ihn ge-
billigt habe, auf seinem Posten zu bleiben. Der Generalsekretär hatte
jedoch mitgeteilt, daß sein Beschluß endgültig sei.

Beratungen über die Entpolitisierung der Schule

Konferenz der Unterrichtsminister bei Groener
Amtlich wird mitgeteilt:
Mit der Frage der Entpolitisierung der Schule
beschäftigte sich am Donnerstag im Reichsministerium
des Innern eine Konferenz der Kultusminister
der Länder unter dem Vorsitz des Reichsministers
Dr. Groener. Die Berichte der Minister gaben einen Einblick
in die tatsächliche und rechtliche Lage in den einzelnen Ländern
und zeigten die Maßnahmen auf, die gegen die Politisierung der
Schule bisher ergriffen wurden.

Auf Grund der eingehenden Aussprache stellte Reichs-
minister Groener als einmütige Auffassung fest, daß die
Partei Politik nicht in die Schule gehöre. Er werde
es stets begrüßen, wenn die Länder entsprechend den verschiedenen
Verhältnissen scharfe Maßnahmen ergreifen. Ob und inwieweit den
von mehreren Seiten ausgesprochenen Wünschen gemäß von
Reichs wegen einheitliche Grundzüge für die Entfaltung der
Partei Politik aus der Schule aufzustellen seien und für die Aus-
führung ein einheitliches Verfahren vorgesehen werden solle, müsse
geprüft werden. Die Länder hätten schon jetzt die Möglichkeit,
die Teilnahme von Schülern an politischen Versammlungen zu
verbieten. Er empfehle, allgemein Gebrauch von dieser Mög-
lichkeit zu machen. Aufs Schärfste zu strafen sei die Ver-
breitung von Flugblättern und Zeitungen verheerenden Inhalts
unter den Schülern. Hier komme es vor allem darauf an, gegen
die Hersteller und Verleger mit allem Nachdruck vorzugehen.

Im übrigen wies der Minister darauf hin, daß die Ent-
politisierung der Schule durch positive Maßnahmen
gesichert werden müsse, z. B. durch staatsbürgerlichen
Unterricht sowie durch gute Schülerzeitungen und
Einwirkung auf die Elternkreise. Die Bedeutung einer unter-
stützten Mitarbeit des Elternhauses hob der Minister besonders
hervor. Er erklärte sich auch bereit, den Anregungen verschiedener
Minister entsprechend einen Appell an die Parteien zu richten,
von der parteipolitischen Beeinflussung der Jugend Abstand zu
nehmen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden die Ausfüh-
rungen der Got-Liesenpropaganda erörtert. Es ergab
sich die einmütige Auffassung, daß die bestehenden gesetzlichen
Vorkehrungen, insbesondere die Bestimmungen der Notverordnung
des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 ausreichen, die Aus-
schreitungen der Got-Liesenpropaganda zu bekämpfen. Sache der
praktischen Handhabung sei es, den geltenden Vorschriften einen
wirksamen Vollzug zu sichern.

Kahl zieht seinen Antrag auf Aufhebung der Todesstrafe zurück

Keine Mehrheit gegen die Todesstrafe mehr im Strafrechtsausschuß

Im Strafrechtsausschuß des Reichstages zog
beim Vortag Professor Dr. Kahl, am Dienstag seinen
Antrag auf Aufhebung der Todesstrafe zurück.
Im Strafrechtsausschuß war bisher eine Mehr-
heit gegen die Todesstrafe nur dadurch zu erzielen, daß
Professor Kahl mit den grundsätzlichen Gegnern der Todesstrafe
stimme. Nunmehr ist eine solche Mehrheit gegen die
Todesstrafe nicht mehr vorhanden, so daß vorläufig mit
ihrer Befreiung nicht mehr zu rechnen ist.

Kahl zog seinen Antrag zurück, nachdem ein Vertreter
der Wirtschaftspartei die Sitzung mit der Erklärung ver-
lassen hatte, daß seine Partei sich an den Verhandlungen des
Strafrechtsausschusses erst wieder beteiligen würde, sobald die Ab-
geordneten der Rechten eine reguläre Besetzung des Ausschusses
ermöglichten. Die jetzigen Beschlüsse des Strafrechtsausschusses
ergäben ein falsches Bild, so könne die Todesstrafe beispielsweise
im Augenblick durch eine Zufallsmehrheit befreit werden.

Hg. Kahl begründete die Zurückziehung seines Antrages
wie folgt: Er habe zweimal am 25. Oktober 1928 und am 19. Mai
1930 den Antrag gestellt, zwar die Todesstrafe abzuschaffen, sie
aber durch lebenslanges Zuchthaus zu ersetzen und für den Fall
einer Begnadigung die Sicherungsverwahrung mit dreijähriger
Nachprüfung durch das Gericht einzuführen. Beide Male sei
dieser Antrag abgelehnt worden. Er bringe ihn aber deshalb
nicht wieder ein, sondern aus Gründen der Rücksicht, auf die in-
zwischen veränderte Stimmung der öffentlichen Meinung. An-
geichts der Häufung der Gewalttaten, angesichts des Umstandes,
daß der Mord sogar zur ständigen Waffe politischer Parteien ge-
worden sei, könne er sich nicht entschließen, seinen Antrag von der
vorigen Wahlperiode zu wiederholen.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Marin und
Landsberg wandten sich sofort gegen die Aus-
führungen des Wirtschaftsparteilers. Es sei ganz
unerträglich, etwa durch eine sachlich nicht gerechtfertigte Um-
gruppierung der Beratungskapitel eine Sehnsucht nach Rückkehr
der abwesenden Parteien auszudrücken, die gar nicht vor-
handen sei.

50 2 SONDERPREISE für
SALAMANDER
DAMENSCHUHE
Während der Ausverkaufszeit
Schweldnitzer Straße 38-40
Breslau

Stadtverordneten-Sitzung fliegt auf

Der verhinderte Volkstribun Edelstein spielt mit heiserem, hysterischem Geschrei den wilden Mann

Die die SPD, die von ihr selbst geforderte Versammlung unmöglich machte - Verständlicher Unwille der Unterstützungsempfänger, unverständliches Verhalten der Radikalen - Immerhin versuchte SPD, zu beruhigen, während die SPD weiter nichts tat, als in wilden Reden gegen die SPD. loszugehen

Die Stadtverordneten haben gestern nur die Mitteilung annehmen können, daß Stadterordneter Behringer in Wien bei niedrigeren Preisen... Behringer gehörte der Wirtschaftspartei an, predigte stets in allem Sparjamkeit, er ist nicht aber mehr von Unterschlagung als von Sparjamkeit... 10.000 Mark Mietz hat er bei der Siedlungs-Gesellschaft nicht abgeführt, und damit ist er nun erledigt.

Zum Weibchen kamen die Stadtverordnete gestern nicht, da die Sapler einen Umsturz der Tribüne inszenierten. Die SPD hatte einen Antrag eingebracht, die Abzehrung der Unterstützungs-Mittel aufzuheben, ein Antrag, der von unseren Genossen zweifellos mit Unterstützung worden wäre. Statt aber zu sorgen, daß der Antrag zur Verhandlung käme, tat man das Gegenteil.

Nachdem man schon die Tribüne mit ausgeheulten Leuten voll hatte, erschien eine Deputation von zwanzig erwerbslosen Männern und Frauen im Vorzimmer der Stadtverordnetenversammlung und bat um Einlaß zur Tribüne. Vorsteher Friedrich gab ihnen die drei Karten, die ihm persönlich Verfügung stehen, und damit zog die Deputation ab. Als anschließend der Vorsteher einem Stadtverordneten das Recht zur Berichterstattung über die erste Vorlage erteilte, betete sich der Kommunist Adelt zur Geschäftsordnung zum Wort und stellte den Antrag, der anwesenden Erwerbslosen-Delegation den Zutritt zur Zuhörtribüne zu gestatten.

Raum hatte Adelt seinen Antrag gestellt, da erschien auf der Zuhörtribüne ein junger Mann und begann mit einer Stimme eine Ansprache zu halten, in der er unter anderem hervorhob, daß sich die Arbeitslosen die Unterstützung nicht verdienen lassen würden.

Der Stadtverordneten-Vorsteher konnte schließlich den Redem des angeblich parteilosen Tribünenredners unterbrechen und Versammlung erklären, daß er vor Beginn der Sitzung mit den Wortführern der Delegation gesprochen habe. Er habe die drei Tribünenkarten, die ihm als Vorsteher nach der Geschäftsordnung zur Verfügung stehen, ausgehändigt, die Wortführer hätten sich damit auch zufriedengegeben. Offenbar fühlte sich in diesem Augenblick die SPD-Fraktion die Frage gestellt, ob sie die Adelt-Zulla-Guhr-Partei an demoralismus nicht wieder einmal überlegen könne, denn sofort betrat sich der SPD-Fraktionsführer Fritz Wietzmann zum Wort, betritt, daß die Leute zufrieden gewesen seien, und erklärte, daß der kommunistische Antrag von seiner Partei unterstützt werden würde.

Obwohl aber zu dem Antrage überhaupt Stellung genommen werden konnte, sind der angeblich parteilose Kommunist auf der Tribüne erneut zu reden an, obwohl ihm der Vorsteher bereits erklärt hatte, daß er den Wohlhabenden Erwerbslosen mit keinem Schimpfen den schlechtesten Dienst erweise. Das hindert ihn aber nicht, im Tone eines kommunistischen Versammlungsredners weiter zu schimpfen. Er erklärte zwar, daß er parteilos sei, aber im nächsten Augenblick ließ er die Rede aus dem Saal. Er begann nämlich nunmehr auf die Sozialdemokratie zu schimpfen und auch für die revolutionäre Sozialistische Arbeiterpartei hatte er allerhand kommunistische Liebenswürdigkeiten auf Lager.

Der Vorsteher schloß kurzerhand die Sitzung für eine Viertelstunde ab und bat die Fraktionsführer zu einer Besprechung zusammen. Als um 17 1/2 Uhr die Sitzung wieder eröffnet wurde, ein wildes Toben los, das sich noch verstärkte, als der Vorsteher die Sitzung für geschlossen erklärte und ein Teil der Stadtverordneten schnellstens den Sitzungssaal verließ.

Nun hielt der Initiator und SPD-Führer Edelstein den Reden für gekommen, in Aktion zu treten. Er ließ an die Tribüne und schrie in die Menge: "Die SPD hat dafür gestimmt, die Sitzung geschlossen wird! Das Leben ging weiter und Edelsteins Appell ohne Wirkung blieb, wiederholte er ihn. Im nächsten Augenblick sprang der kommunistische Tribünenredner die Barriere und stürzte in den Saal und wollte sich auf Genossen Kreutzschütz, der der SPD-Fraktion etwas zuzureden hatte. Nur durch laute Gewaltanwendung konnten Adelt und seine Anhänger davon abhalten, sich revolutionär zu betragen. Als das ein anderer Tribünenmann sah, schwang er ebenfalls über die Brüstung und wollte seinerseits gegen Adelt und Adelt vorzucken.

Inzwischen stimmten die Parteilosen ein mehrmaliges "Rot" an und dann wurde unter Aufsicht der SPD- und der SPD-Fraktion die Internationale angestimmt, wobei freilich die SPD-Stadterordnete nicht die richtige Linie einhielten, denn sie aus dem Sitzungssaal entfernten, weil ihnen wahrhaftig so viel Theater selbst etwas zu viel war.

Als dann ein Aufseher Schutzpolizei im Sitzungssaal erschien, traten nicht etwa die Volksführer in Aktion, um gegen die Polizei vorzugehen, sondern sie standen sehr sitzhaft und ruhig bis die Beamten unter Zuhilfenahme gültigen Zurechtens Tribüne geräumt hatte. Einem kommunistischen Tribünenredner kam das aber doch nicht ganz behauer vor, weshalb er SPD-Mann Kirstein zurief: "Ja, Kirstein, was sagst du nun?" Antwort war wenig revolutionär, denn Kirstein beschränkte darauf, zu versichern, daß er sich selbständig fühle.

Der Endeffekt dieser von der SPD. eingefädelt Aktion, aus der die SPD. Agitation zu münzen erhoffte, gipfelte darin, daß der Abbau der Straßenbahnfahrpreise wieder nicht verabschiedet werden konnte, obwohl der Ausschuß in einem Dringlichkeitsantrage der Versammlung empfahl, den in der letzten Sitzung an den Ausschuß überwiesenen sozialdemokratischen Antrag anzunehmen, der für Erwerbslose an den Wochentagen in der Zeit von 9 bis 13 Uhr den Zehnpennnigtarif vorsieht.

Wie sehr sich Edelstein immer mehr zum politischen Lumpen und Verbrecher entwickelt, zeigt die Behauptung, die SPD. habe mit dafür gestimmt, daß die Versammlung aufgehoben werde. In der Fraktionsführerbesprechung ist überhaupt keine Abstimmung erfolgt, sondern die deutschnationalen Vertreter haben erklärt, der Vorsteher habe allein zu bestimmen, wie die Ordnung aufrecht zu erhalten sei und die Versammlung nötigenfalls zu schließen ist. Dieser Auffassung sind auch wir. Die SPD. hat erreicht, daß wir in Breslau einen deutschnationalen Vorsteher

Der Skandal in der Siedlungsgesellschaft

Rasche Antwort auf unsere Behauptungen

Die Pressebesprechung beim Magistrat

Unsere gestrigen Angaben sind durchweg richtig - Bürgermeister Genosse Macho fordert schnellste Revision und rückichtsloses Durchgreifen ohne Rücksicht auf Personen Das schlampige Buchungsverfahren der Siedlungsgesellschaft

Rascher als man es bisher von einer Instanz oder Behörde gewohnt war, haben wir auf unsere gestellten Fragen und Behauptungen eine Antwort erhalten. Genosse Macho, der seit kurzer Zeit der Vorsitzende des Aufsichtsrates dieser Gesellschaft ist, hatte die Presse bereits gestern zu einer Besprechung eingeladen und in anerkannter Weise mit aller Offenheit auf bereits in der Presse und in der Konferenz gestellte Fragen Antwort gegeben, so daß jeder mit dem Gefühl aus dieser Sitzung ging, daß von dieser Seite aus alles versucht werden wird, hier die notwendige Ordnung zu schaffen. Wir hoffen auch, daß von dieser Seite aus in der entschiedensten Weise gegen die betreffenden Personen vorgegangen wird. Auch wir haben nicht ohne Absicht, gestern die Namen in aller Offenheit genannt, denn die Siedlungsgesellschaft steht so stark im Brennpunkt des öffentlichen Lebens, daß auch das kleinste Vergehen in ihrem Betrieb sich äußerst nachteilig auswirken und letzten Endes die Einrichtung selbst treffen muß. Darum kann den betreffenden Personen nicht laut genug der Vorwurf gemacht werden, daß sie zumindest in recht leichtsinniger Weise hier gehandelt haben. Wie aber steht es nun im einzelnen mit unseren Behauptungen.

Im Vordergrund der ganzen Angelegenheit steht das wertwürdige Buchungsverfahren, das man besonders bei eingezahlten Baukostenzuschüssen beobachten konnte. Die verlorenen Baukostenzuschüsse die leinerezeit eingezahlt worden sind, wurden in recht oberflächlicher Weise verbucht und hierbei wurde dem Gedächtnis einer Schalterdame mehr vertraut als einer ordnungsmäßigen Buchung, es wurden von den Einzahlungen lediglich flüchtige Notizen gemacht. Hier ist der erste große Vorwurf zu erheben. In einem solch großen Betriebe muß eben schon rein bürokratisch alles so eingerichtet sein, daß selbst in den Zeiten härtesten Andranges alles in klarer übersichtlicher Weise verbucht werden kann.

Bedinglich durch einen Zufall kam diese Angelegenheit heraus. Als ein Mieter gelegentlich des Mieterstreifes die Zurückgabe seines Baukostenzuschusses forderte und man aus diesem Grunde einmal feststellen wollte, ob er überhaupt einen solchen Baukostenzuschuß gezahlt hatte, da sah man mit Erstaunen, daß überhaupt keine Eintragung vorhanden war. Man ging nun durch eine Aufforderung an die Mieter daran, eine genaue Aufstellung der gezahlten Baukostenzuschüsse festzustellen. Nun ergab sich, daß etwa 180.000 Mark in den Büchern eingetragen waren. Es haben aber nur 145 Mieter ihre Ansprüche von etwa 83.000 Mark geltend gemacht, die übrigen 96.000 Mark sind von den Mietern überhaupt nicht angemeldet worden. Später ist es dann noch gelungen 140 Mieter mit Quittungen von über 60.000 Mark festzustellen, so daß etwa 36.000 Mark nicht zu belegen sind. Diese Einzahlungen erfolgten, möglicherweise, in den Jahren von 1924 bis 1927.

Die Pflicht ruft!

Freitag, den 29. Januar, 19.30 Uhr

Kleiner Saal, Gewerkschaftshaus,

Funktionär-Versammlung

Ausweis gelbe Funktionärskarte und das Mitgliedsbuch

Montag, den 1. Februar, 19.30 Uhr

Großer Saal, Gewerkschaftshaus,

Mitglieder-Generalsammlung

Zutritt haben alle Mitglieder der Partei gegen Vorzeigung des Parteimitgliedsbuches. Anträge, die in der Generalversammlung zur Beratung kommen sollen, müssen spätestens drei Tage vor Stattfinden der Versammlung dem engeren Parteivorstand vorgelegt werden.

haben, und nun muß dieser seines Amtes walten. Wir können weder dem deutschnationalen Vorsteher die Verantwortung abnehmen, noch können wir der SPD. gegenüber diesem Vorsteher bestehen, der durch ihre Schuld amtiert. Wie sich Genosse Bannmann in diesem Falle verhalten hätte, wissen wir nicht. Jedemfalls aber war es der schlimmste Kadaver, der in der Breslauer Stadtverordnetenversammlung jemals gewesen ist. Und unter einem solchen Kadaver ist ein Verhandeln nicht möglich. Alles, was den Erwerbslosen nutzen sollte, ist nun durch die Schuld von SPD. und SPD. um mindestens eine Woche verzögert. Wir nehmen an, daß in der nächsten Woche wieder Stadtverordnetenversammlung sein wird.

Diese Fragen werden jetzt in allererster Linie mit aller Gründlichkeit geprüft werden müssen. Die Prüfung nimmt - wie wir bereits gestern mitteilen - die Demog-Wohnbau-Gesellschaft vor, die besonders auf dem Gebiete des Bauwesens gründliche Erfahrungen aufweist und mit der Demog-Wohnbau-Gesellschaft nichts zu tun hat. Aufsichtsrat und Arbeitsausschuß der Siedlungsgesellschaft haben einstimmig beschlossen, gerade diese zuverlässige Gesellschaft heranzuziehen.

Auch zu der Abfindung des früheren Direktors Piecha wurde Stellung genommen. Piecha hatte sich im Laufe der Jahre eine Reihe von Vernachlässigungen im Dienste zuschulden kommen lassen, die dann zu seiner fristlosen Entlassung führten. Da er aber noch seinen Vertrag bis 1934 laufen und bis dahin noch gegen 54.000 Mark Gehalt zu beziehen hatte, glaubte man sich auf gutem Wege mit ihm auf die Hälfte dieses Gehaltes aus zweckmäßigen Gründen einigen zu können. Hier bleibt aber der Siedlungsgesellschaft trotzdem der Vorwurf nicht zu ersparen, daß sie zumindestens in leichtfertiger Weise gehandelt hat. Entweder war die fristlose Entlassung gerechtfertigt, dann braucht man keine Einigung, dann läßt man es auf eine arbeitsgerichtliche Entscheidung ankommen, andernfalls aber schreitet man zu keiner fristlosen Entlassung. Unseren sicheren Informationen nach hätte aber das Verschulden dieses Direktors durchaus eine fristlose Entlassung gerechtfertigt, ohne daß der Gesellschaft ein Schaden entstanden wäre. Bei kleineren Angestellten pflegt man weniger rücksichtsvoll und vorsichtig zu sein.

Bestätigt wurde ferner der Skandal des vollsparteilichen Stadtv. Behringer, der gestern bereits von seinem Amt zurückgetreten ist. Es waren Mietz von zwei Monaten in Höhe von 11.000 Mark, die er nach der Einkassierung nicht abgeführt hatte und für seine eigenen Zwecke verbrauchte. Selbstverständlich wurde ihm diese Funktion sofort entzogen und man ist bemüht, dafür Sorge zu tragen, daß ein Teil dieser Schuld gedeckt wird.

Ohne jede Einschränkung mußte in dieser Besprechung auch zugegeben werden, daß tatsächlich die Wochenpresse von Herrn Friedländer mit 800 Mark befohlen worden ist. In einigen Wochenblättern, so in der "Tribüne" und im "Greifer", standen eine Zeitlang eine Reihe von Aufsätzen gegen Vorgänge in der Siedlungsgesellschaft, in die auch eine frühere Angestellte, die jetzige Frau Friedländer, verwickelt war. Da Herr Friedländer aus "gesundheitlichen Gründen" seiner Frau eine solche Belastung durch weitere Veröffentlichungen nicht zuzutrauen glaubte, legte er sich mit dem Redakteur des "Greifer" zusammen und mit 800 Mark Schweigegeld wurde diese Angelegenheit "bereinigt". Auch wie diese Summe zunächst beschafft wurde, stimmt so, wie wir es gestern berichteten. Ist diese Angelegenheit zumindestens ein unglaubliches Torheit des Geldgebers, ja

CLUB ist das Vorbild

für neue und für "modernisierte" Zigarettenmarken. Die

se unfreiwillige Anerkennung aus Fachkreisen bestätigt.

lass CLUB 31 als überragende Leistung gewertet wird.



Der Kunstakademie zum Nachdenken

Zur Protestkundgebung der Breslauer Kunstakademie gegen ihre Auflösung im Saal des Museums der Bildenden Künste am 27. Januar 1932

Die Ausführungen der beiden Redner des Abends, Professor Rosenstock-Hyssi und Professor Franz Pandsberger waren nicht geeignet, von der Wichtigkeit der Beibehaltung der Akademie zu überzeugen.

Es trifft nicht zu, wie Rosenstock-Hyssi behauptet, daß das Dasein einer Akademie notwendig sei, um die künstlerischen und musischen Kräfte einer Provinz zu wecken.

Von ungewöhnlicher Geringschätzung unseres heimischen künstlerischen Kulturlebens zeugt es wenn gesagt wird, die Meister der Akademie hätten die Aufgabe, an der Akademie, als einzige Stelle der Provinz, uns mit dem Evangelium neuer Gestaltungsmöglichkeiten zu beglücken.

Die in der von Herrn Professor Wolf vorgelesenen Resolution aufgestellte Behauptung, daß die Akademie in der Vergangenheit alles getan hat, um die schöpferische Kraft der jungen Generation zu fördern, muß ebenfalls bestritten werden.

Soll diese Akademie in Zukunft weiter bestehen, so muß es ein anderer Geist sein, der nach innen und außen wirkt, soll diese Anstalt für Schließen eine Notwendigkeit und ein Segen werden.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

„Der Storch streikt“ mit Siegfried Arno, ein Wirbel tollster Situationen, täglich ab 4.30 Uhr, letzte Vorstellung 8.30 Uhr. Dieser Film ist nach dem Rezept gemacht, den schlechten Zeiten auf zwei Stunden Lachen zu entziehen.

Achtung! Am Sonnabend, den 30. Januar, und Montag, den 1. Februar, keine Kino-Vorstellung, da der Saal anderweitig besetzt ist.

Proleten-Wochenspielform

Die Tonfilmbühne des Arbeiter-Sport-Kartells „Proleten“, Gabitzstraße 20/Höfchenstraße 49, zeigt ab Freitag den Louis Trenker-Film: „Berge in Flammen“.

Die Preise der Plätze sind, wie immer, niedrig gehalten, ab 60 Pfg. Erwerbslose erhalten an den Wochentagen 50 Prozent Ermäßigung.

Arbeiter-Sport

Handballvorbereitung für den 31. Januar Am kommenden Sonntag werden die Serienspiele der Handballer fortgesetzt.

Advertisement for Siegfried Arno's film 'Der Storch streikt' at the Gewerkschaftshaus-Lichtspiele. Includes showtimes and ticket information.

Stapelwettbewerb in Kleitendorf, Datsch die Gleichwertigkeit beider Mannschaften ist ein Sieger schwer vorauszulassen. 1. Abteilung — 1887 im Eisenpart. Die 1. Abteilung muß am Sonntag mit aller Macht versuchen, die 1897er nicht zurückzugeben.

Wir greifen an! 1. Kundgebung der Eisernen Front in Breslau. Sonntag, den 31. Januar, 10 Uhr vorm., im „Konzerthaus“ und „Circus Busch“.

Fußball-Gesellschaftsspiele am 31. Januar 1932 14.30: Stern I — Blau-Weiß I, Gröbchen; 117. 14.30: Freie Sportfreunde I — J.B.M. I, Kankholzwiese; 139.

Berichtigungen der Serienspiele vom 31. Januar Männer-A-Klasse West 14.30: Südost — Stapelwerk; Kleitendorf; Schiedsrichter derselbe.

Freie Turnerschaft Breslau e.B. nächste Jugend! Sonntag, 31. Januar, 18.30 Uhr, Jugendversammlung im Gewerkschaftshaus.

Wassersport Freie Schwimmer Breslau e. B. — Jugendabteilung. 4. Februar beteiligen wir uns alle an der Jugendabteilung im Gewerkschaftshaus.

Politische Nachrichten Klages wird zum Gehorsam gezwungen Reichsgericht verurteilt das Verbot der „Braunschweigischen Landeszeitung“

Französische Wahlen erst Ende Mai? Paris, 29. Januar. (Eig. Funterbericht.) Die französischen Kammerwahlen sollen, wie der „Matin“ meldet, erst am 22. und 29. Mai, d. h. dem letzten zulässigen Termin, stattfinden.

Der Beschluß der Bank von Frankreich Rediskontkredit nur um einen Monat verlängert Paris, 29. Januar. (Eig. Funterbericht.)

Henderson reist nach Genf London, 28. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Henderson hat sich am Donnerstag nach Genf begeben, wo er den Vorsitz der Abrüstungskonferenz übernehmen wird.

Attentat gegen den Diktator Jugoslawiens Die „Tribuna“ meldet von der italienisch-jugoslawischen Grenze, daß gegen den jugoslawischen Ministerpräsidenten General Tscholowitsch in Belgrad ein Attentat verübt worden sei.

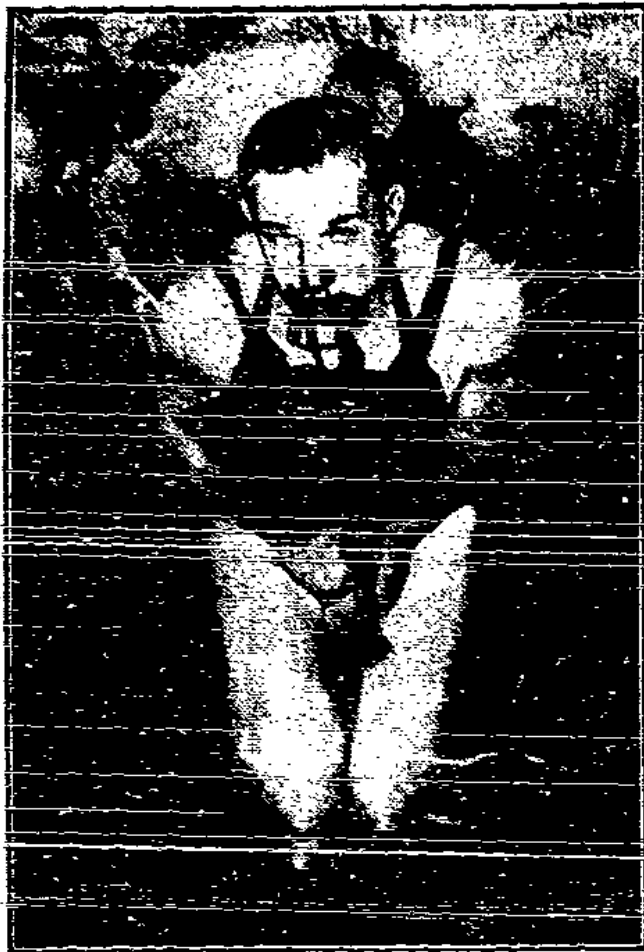
Konzerte / Theater / Vergnügungen Stadttheater (Opernhaus). Heute, Freitag, Anfang 19.30 Uhr, „Die Fledermaus“ von Johann Strauss.

Amlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietzern (Nachdruck auch mit Quellenangabe verbotlich.) Unter antizyklonalem Einfluß zeigen die Luftmassen über Mittel- und Osteuropa abnehmende Bewegung.

Das gesunkene U-Boot noch nicht gefunden

Gestern um die Mittagszeit sind die letzten Hoffnungen geschwunden, die Mannschaft des gesunkenen Unterseebootes noch retten zu können. Allerdings hat man die Taucharbeiten, die in der vergangenen Nacht wegen der starken Unterströmung nur kurze Zeit möglich waren, wieder aufgenommen. Die Nachforschungen werden auch an einer anderen Stelle ausgeführt, wo der Kapitän eines Küstenschiffes Dienstag morgen das Untertanzen des Unterseebootes beobachtet haben will. Die Admiraltät teilte heute morgen mit, daß während der Nacht keine Fortschritte gemacht wurden. Der Leiter des Motorhilfschiffers, Crown, habe der Admiraltät berichtet, daß er Dienstag abend um 6.40 Uhr auf dem Wege nach Portland über dem Meere plötzlich ein helles Licht beobachtet habe, das drei Sekunden dauerte, sich abschwächte, wieder aufblühte und verschwand. Auf diese Erscheinung folgten 10 Minuten später zwei laute Explosionen, ähnlich Kanonenschüssen. Für beide Erscheinungen weiß man keine Erklärung.

Wie kann sich die eingeschlossene U-Boot-Mannschaft retten?



Obgleich man das gesunkene englische Unterseeboot „M 2“ bisher noch nicht gefunden hat, braucht die Hoffnung auf die Errettung der Mannschaft noch nicht aufgegeben zu werden, denn die Besatzung besitzt Rettungsapparate, die sich schon bei derartigen Unglücken vielfach bewährt haben sollen. Der Apparat wird umgeschaltet und liefert dem Gefährdeten künstlich Luft. Außerdem befindet sich am Apparat eine Gummiblaste, die sich automatisch mit Luft füllt und so den Verunglückten an die Oberfläche des Wassers zieht.

Alberg und Elarels

Im Berliner Elarelsprozeß wurde am Donnerstag ein Schreiben des im Zusammenhang mit der „Kassiberangelegenheit“ wiederholt genannten R.-A. Professor Alberg an den Gerichtsverfänger verlesen. Alberg teilte darin mit, daß das feinerzeit in der Zelle von Max Elarels gefundene Schriftstück, das in 20 Punkten Verteidigungsstrategien gibt, dem Angeklagten nicht vom Büro Alberg zugeleitet worden sein soll. Oberstaatsanwalt Steinäder betonte darauf, daß mit diesem Schreiben Albergs die Frage noch immer ungeklärt bliebe, wie das betreffende Schriftstück in die Zelle von Max Elarels gelangen konnte. Ferner wurde die Haltung der Stadtbauinspektoren zu der Aufdeckung der Fälschungen und Fälschbuchungen der Elarels erörtert.

Kein Salaban-Komplize

Der vor kurzem in Berlin verhaftete Faltschmünzer Salaban hat nunmehr in vollem Umfang gestanden, daß er schon seit 1929 ohne jeden Gehilfen falsche Zweimarkstücke angefertigt hat. Die erste Faltschmünzwerkstatt war in der Ritterstraße im Zentrum Berlins, die zweite — die von der Polizei ausgehoben wurde — in Berlin-Lichterfelde.

Tragödie von Großvater und Enkelkind

Der 63jährige Kaufmann Kühle in Düsseldorf, der seit längerer Zeit erwerbslos ist, gab gestern früh auf sein blühendes Enkelkind einen Schuß ab und besang dann Selbstmord. Man glaubt, daß Kühle sich aus Schwermütigkeit das Leben genommen hat und sein Enkelkind, dem er in großer Liebe zusetzen war, mit in den Tod nehmen wollte. Das Kind liegt schwer verletzt im Krankenhaus.

Eisenbahnräuber rauben 95 000 Frank

Bei der Ausfahrt eines Personenzuges sprangen gestern abend auf dem Bahnhof Kampbäumen zwei verummumte Gestalten in den Bahnpostwagen, hielten den Beamten mit einem Revolver in Schach und raubten einen Postkoff mit 95 000 Frank Inhalt. Kurz vor der Einfahrt des Zuges in den Bahnhof Neuhäuser sprangen die Räuber ab und entkamen.

Das Todesurteil gegen die Hammersteiner Giftmörderin rechtskräftig

Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts bestätigte gestern das Todesurteil des Schwurgerichts Berlin vom 9. November v. J. gegen die 54 Jahre alte Frau Berta Kamm, die ihren vierjährigen Neffen im Jahre 1920 im Flüchtlingslager Hammerstein mittels Kleejals vergiftet hatte.

Auto im Rhein

Am Donnerstag ereignete sich am Rainufer bei Hanau eine Autokatastrophe. Als ein Automobilist mit seinem Wagen wenden wollte, kam er zu nahe ans Ufer. Das Auto stürzte rückwärts den Kai hinunter in den Fluß. Passanten, die das Unglück bemerkt hatten, schlugen das aus dem Wasser ragende Verdeck des Wagens ein, konnten jedoch nur den Leichnam des Automobilisten bergen.

Nazi-Funk

In Magdeburg wurde in der Wohnung des nationalsozialistischen Sturmführers Kurt Jonck eine geheime Kurzwellenempfangsanlage und ein großes Empfangsgerät für geheime Funkmeldungen entdeckt und beschlagnahmt. Jonck und ein Elektriker Meinhaujen, gleichfalls Mitglied der NSDAP, wurden verhaftet. Die geheime Nazifunkanlage sollte demnächst in Betrieb genommen werden.

Wiener Universität geschlossen

In der Wiener Universität kam es zu schweren politischen Unruhen. Drei Studenten unter ihnen der Obmann der sozialistischen Studentengruppen, erlitten Verletzungen. Die Universität wurde auf Anordnung des Rektors bis auf weiteres geschlossen.

Der Lübecker Prozeß

Im Lübecker Kindertod-Prozeß führte R.-A. Dr. C. U. in seinem Plädoyer für Professor Klotz aus, daß die Sachverständigen gutachten die Unschuld seines Mandanten ergehen hätten. Alle Gerichte, die über Professor Klotz in Lübeck in Umlauf seien, hätten keinerlei sachliche Grundlage. Professor Klotz werde seine Ehre zu wahren wissen.

Drei Fischer ertrunken

Auf dem großen Stausee bei Rognow (Pommern) sind drei Fischer bei der Ausübung ihres Berufes ertrunken. Ihr Verschwinden wurde erst bemerkt, als man das Herrenlose Boot kieloben treibend sah und die Kopfbedeckungen der Fischer am Seeufer fand. Zwei der Verunglückten waren Familienväter.

Feuerkampf in Lemberg mit einem Schwerverbrecher

Eine mehrstündige Schießerei entpant sich gestern in den Straßen Lembergs zwischen Polizeibeamten und einem Schwerverbrecher namens Grzebawit. Nach einer aufregenden Flucht war es dem Banditen gelungen, sich in einem Schuppen zu verchanzen, von dem aus er aus mehreren Revolvern auf die ihn belagernden Polizisten schob. bis er endlich durch eine schwere Verwundung kampfunfähig gemacht wurde. Grzebawit erlag seinen Verletzungen.

Sophus Michaelis †

In Kopenhagen verstarb im Alter von 66 Jahren der dänische Dichter Dr. h. c. Sophus Michaelis. Sein im Jahre 1920 erschienener Roman „Hellenen und Barbaren“ ist ein Buch hoher Reife, großen Wissens und herrlicher Sprachkraft. Für die deutsch-dänischen Literaturbeziehungen hat Sophus Michaelis gewirkt durch seine allgemein anerkannte Uebersetzung des „Faust“ und des „Parzival“ Wolfram von Eschenbach. Sophus Michaelis war in erster Ehe mit der Dichterin Maria Michaelis verheiratet.

Ueberschwemmungskatastrophe in Dronheim

Die Ueberschwemmung in der Gegend von Dronheim ist die größte seit vielen Jahren. Große Mengen Erde und Tausende von Baumstämmen wurden von den Wassermassen fortgerissen. Man hofft, daß die überfluteten Dämme halten werden, da sonst eine furchtbare Katastrophe eintreten dürfte.

Prinzessin Sternmiese

von G. Th. Norman



47
Jeremias ging mit Eischen um die Ecke — und nun sah das Feindkind ein herrliches Schauspiel. Vor ihm lag ein großes Feld Wasserlilienblätter und rund herum leuchteten saule Holzstäbchen. Eine Musikkapelle spielte und vier Libellen tanzten immerzu. Käfer, Wasserkröten, Frösche und selbst Salamander waren als Gäste erschienen.

48
„Siehst du, da hinten in dem Eckchen sitzt der König, du müßten wir hin“, sagte Jeremias, „ich habe ihn schon von dir erzählt. Ach, wie schön ist Eischen, als es quer über das Wasserlilienfeld gehen mußte und die vielen Augen der vornehmsten Gäste auf sich gerichtet sah. Es war froh, als es endlich vor dem König stand.“ (Fortsetzung folgt.)

Luro

Losgelöst von allen Sorgen des Alltags

Wer wünscht sich das nicht? Wenigstens auf Stunden Entspannung! Aber wo — und wie? Erleben Sie doch selbst, was Sie bei unserem Goldbeckenbad und nachher im eigenen Heim Erholung finden können. Seit 64 Jahren erweist sich unsere Badedampfbadung als ein einziges Kunden-Baden-Lasch, das in Deutschland, der die Wäre vom Rohprodukt bis zum Fertigbad bearbeitet, garantiert für Güte und noch billigere Preise!

Möglichst der Kunden-Kauf G. m. b. H. G. rickstraße 10 (Café)

Auf die nachstehenden Preise gewähren wir noch einen Eröffnungsrabatt von **10%**

Wir eröffnen morgen, Sonnabend 9 1/2 Uhr,

die durch Hinzunahme neuer Artikel wesentl. vergrößerten Geschäftsräume u. erwarten Ihren Besuch

Bettfedern per Pfund von 7,00 Mk. bis	35	Metallbettstelle weiß, Stahlrohr mit Patentmatratze, moderne Form	6 75	Fert. Betten gute inlets mit ansprechender guter-Füllung ab	14 45
Daunen per Pfund ab	5 50	Metallbettstellen 33 mm Stahlrohr, mit Patentmatratze	11 75	Steppdecke gute gewaschene Füllung mit kunstlederner Damastoberseite	10 50
Halbdaunen weiß	3 90	Fertige Inlets 1 Deckbett, 2 Klassen, kompl.	6 95	Daunendecke Kunstseid. Dämbooberseite mit Einschütze, Rückseite daunenreicher Satin, prima Füllung, 1 50x200	44 50

Kinderwagen, Klappwagen, Matratzen, Reformbetten ganz besonders billig

Der Fabrikant der detail verkauft

Lasch

Gegr. 1848